

Sur la proposition du Ministre flamand de l'Economie, des PME, de l'Agriculture et des Médias;
Après en avoir délibéré,

Arrête :

Article 1^{er}. L'article 13, point 14 de l'arrêté ministériel du 27 octobre 1978 fixant les conditions d'agrément des contrats d'apprentissage et des engagements d'apprentissage contrôlé dans la formation permanente des classes moyennes est remplacé par la disposition suivante :

"Article 13. 14. § 1^{er}. Sans préjudice d'une convention collective de travail applicable, le chef d'entreprise paie à l'apprenti une allocation mensuelle, qui s'élève au moins à :

- 1° 9 000 frs pendant la première année d'apprentissage;
- 2° 12 000 frs pendant la deuxième année d'apprentissage;
- 3° 15 000 frs pendant la troisième année d'apprentissage.

L'augmentation de l'allocation d'apprentissage prend cours le 1^{er} juillet qui précède l'année de cours.

§ 2. A partir du premier jour du mois au cours duquel l'apprenti atteint l'âge de 18 ans, l'apprenti reçoit une allocation d'apprentissage qui s'élève au moins à 12 000 frs pendant la première année d'apprentissage et à 13 500 frs pendant la deuxième année d'apprentissage.

§ 3. Les allocations mentionnées au § 1^{er} et au § 2 sont adaptées annuellement, et ce au premier janvier, à l'évolution de l'indice de santé des prix à la consommation du mois de novembre précédent, étant entendu que la première adaptation aura lieu le 1^{er} janvier 1997.

Cette adaptation sera calculée selon la formule suivante :

$$\frac{\text{allocation fixée} \times \text{nouvel indice}}{\text{indice de novembre 1995}}$$

Les montants ainsi adaptés seront arrondis à l'unité supérieure.

§ 4. Sans préjudice des dispositions du § 3, l'allocation minimum, y compris les avantages en nature, sera limitée au montant de la rémunération au-delà de laquelle l'apprenti cesse de bénéficier des allocations familiales, conformément à la législation relative aux allocations familiales.

§ 5. Le chef d'entreprise remet valablement l'allocation à l'apprenti, sauf opposition faite par le représentant légal du mineur.

§ 6. L'allocation d'apprentissage est due tant pour la formation pratique de l'apprenti au sein de l'entreprise que pour les cours qu'il suit et les examens qu'il présente dans le cadre de l'apprentissage.

§ 7. Les dispositions de la loi du 12 avril 1965 concernant la protection de la rémunération des travailleurs sont applicables à l'allocation d'apprentissage.

§ 8. Le chef d'entreprise qui met fin au contrat d'apprentissage sans respecter les dispositions de l'article 17 du présent arrêté, est tenu de payer l'allocation d'apprentissage du mois en cours."

Art. 2. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 1996.

Art. 3. Le Ministre flamand qui a la qualification professionnelle dans l'agriculture et la formation des classes moyennes dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Bruxelles, le 6 décembre 1995.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,
L. VAN DEN BRANDE

Le Ministre flamand de l'Economie, des PME, de l'Agriculture et des Médias,
E. VAN ROMPUY

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

D. 95 — 3351

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

16. OKTOBER 1995. — Dekret über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten (1)

[33116]

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es :

Artikel 1. Vorliegendes Dekret findet Anwendung :

- a) auf die der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstehenden Verwaltungsbehörden;
- b) auf die anderen Verwaltungsbehörden, doch nur insofern dieses Dekret aus zur Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehörenden Gründen die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten verbietet oder beschränkt.

Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter :

- a) Verwaltungsbehörde : eine der in Artikel 14 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erwähnten Verwaltungsbehörden;

(1) Sitzungsperiode 1995-1996.

Dokumente des Rates. — 14 (1995). Nr. 1. Dekretentwurf. — 14 (1995-1996). Nr. 2-3. Abänderungsvorschläge. — 14 (1995-1996). Nr. 4. Bericht. — 14 (1995-1996). Nr. 5. Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 16. Oktober 1995.

b) Verwaltungsdokument : jede Information unter gleich welcher Form, worüber eine Verwaltungsbehörde verfügt.

Art. 2. Jedes für die Öffentlichkeit bestimmte Dokument führt den Namen, die Eigenschaft, die Anschrift und die Telefonnummer der Person auf, die in der Lage ist, weitere Informationen über die Akte zu verschaffen.

Jedes Verwaltungsdokument, mit dem einem Betroffenen eine von einer Verwaltungsbehörde ausgehende Entscheidung oder individuelle Verwaltungshandlung zugestellt wird, führt gegebenenfalls spezifische Einspruchsmöglichkeiten, die diesbezüglichen Einspruchsinstanzen sowie die zu respektierenden Formen und Fristen auf.

Art. 3. Das Recht, ein Verwaltungsdokument einzusehen und davon eine Abschrift zu erhalten, besteht darin, daß jeder im Rahmen der durch dieses Dekret festgelegten Bedingungen ein Verwaltungsdokument an Ort und Stelle einsehen, Erklärungen zu diesem Dokument erhalten und davon eine Abschrift in Form einer Kopie bekommen kann. Für den Erhalt einer Kopie wird ein von der Regierung festzulegender Betrag als Entschädigung verlangt, der den Selbstkostenpreis nicht übersteigen darf.

Wenn es sich um ein Verwaltungsdokument handelt, das eine Einschätzung oder Beurteilung über eine namentlich bezeichnete oder einfach zu identifizierende natürliche Person enthält oder die Beschreibung eines Verhaltens, dessen Verbreitung dieser Person offensichtlich Schaden zufügen kann, muß der Antragsteller sein persönliches und direktes Interesse an dem Dokument schriftlich rechtfertigen.

Art. 4 § 1. Die Einsicht in ein Verwaltungsdokument, diesbezügliche Erklärungen oder eine Abschrift dieses Dokumentes erfolgen auf schriftlichen Antrag, der an die zuständige Verwaltungsbehörde zu richten ist, auch wenn diese das Dokument archiviert hat. Dieser Antrag führt deutlich die betroffene Materie und wenn möglich die betroffenen Verwaltungsdokumente auf.

Die Einsicht in ein Verwaltungsdokument sowie Erklärungen werden während der gewöhnlichen Bürostunden gewährt.

§ 2. Wenn der Antrag auf Einsicht, Erklärung oder Abschrift an eine Behörde gerichtet ist, die nicht im Besitz des Verwaltungsdokumentes ist, informiert diese den Antragsteller unverzüglich darüber und teilt ihm den Namen und die Anschrift der Behörde mit, die ihres Wissens über die gewünschten Dokumente verfügt.

§ 3. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezeichnet die Instanzen oder Personen in den Verwaltungsbehörden, die für die Anträge auf Öffentlichkeit zuständig sind.

Die Verwaltungsbehörde notiert alle Anfragen nach Empfangsdatum in einem Register.

Art. 5 § 1. Jede Verwaltungsbehörde lehnt einen Antrag auf Einsicht, Erklärung oder Abschrift bezüglich eines Verwaltungsdokumentes ab, wenn sie festgestellt hat, daß der Schutz eines der folgenden Interessen schwerer wiegt als das Interesse der Öffentlichkeit :

- die internationalen Beziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- ein wirtschaftliches oder finanzielles Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2. Jede Verwaltungsbehörde weist einen Antrag ab, wenn die Öffentlichkeit des Verwaltungsdokumentes einem der folgenden Aspekte schadet :

- eine durch Dekret auferlegte Geheimhaltungspflicht,
- die Geheimhaltung der Beratungen der Regierung, der von der Regierung abhängenden Behörden oder der Behörden, denen die Regierung verbunden ist.

§ 3. Eine Verwaltungsbehörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann einen Antrag ablehnen, wenn dieser :

- ein Verwaltungsdokument betrifft, dessen Verbreitung zu Mißverständnissen führen kann, weil es unfertig oder unvollständig ist;
- eine Stellungnahme oder eine Meinung betrifft, die der Behörde freiwillig und vertraulich mitgeteilt wurde;
- offensichtlich unredlich ist;
- offensichtlich zu allgemein formuliert ist.

§ 4. Wenn in Anwendung der §§ 1 bis 3 ein Verwaltungsdokument nur teilweise nicht der Öffentlichkeit preisgegeben werden kann oder darf, ist die Verbreitung, Einsicht oder Abschrift auf den restlichen Teil beschränkt.

§ 5. Die Verwaltungsbehörde, die einem Antrag auf Öffentlichkeit nicht unmittelbar stattgeben kann oder die diesen Antrag ablehnt, teilt dem Antragsteller innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Empfang des Antrages die Gründe des Aufschubs oder der Ablehnung mit. Bei Aufschub darf die Frist niemals um mehr als 15 Tage verlängert werden.

Wenn diese Mitteilung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht erfolgt ist, gilt der Antrag als angenommen.

Art. 6. Wenn eine Person nachweist, daß ein Verwaltungsdokument falsche oder unvollständige Informationen über sie enthält, muß diese Behörde die erforderlichen Verbesserungen ohne Kosten für den Betroffenen vornehmen. Die Richtigstellung erfolgt auf schriftlichen Antrag des Betroffenen, unbeschadet der Anwendung eines durch oder aufgrund des Gesetzes oder Dekretes vorgeschriebenen Verfahrens.

Die Verwaltungsbehörde, die einem Antrag auf Richtigstellung nicht sofort stattgeben kann oder die diesen ablehnt, teilt dem Antragsteller innerhalb von 60 Tagen die Gründe für den Aufschub oder die Ablehnung mit. Bei Aufschub darf die Frist niemals um mehr als 30 Tage verlängert werden. Wenn innerhalb der vorgeschriebenen Frist keine Mitteilung erfolgt ist, gilt der Antrag als angenommen.

Wenn der Antrag an eine Verwaltungsbehörde gerichtet ist, die nicht für die Richtigstellung zuständig ist, informiert diese den Antragsteller unverzüglich darüber und teilt ihm mit, welche Behörde ihres Wissens dafür zuständig ist.

Art. 7. Wenn der Antrag auf Öffentlichkeit ein Verwaltungsdokument einer Verwaltungsbehörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrifft, das ein durch das Autorenrecht geschütztes Werk beinhaltet, ist die Genehmigung des Verfassers oder der Person, der dessen Rechte übertragen wurden, nicht erforderlich, um dem Antragsteller Einsicht in das Dokument zu gewähren oder um diesbezügliche Erklärungen zu geben.

Eine Abschrift des Dokumentes kann nur mit vorheriger schriftlicher Erlaubnis des Verfassers oder der Person, der dessen Rechte übertragen wurde, erfolgen.

In jedem Fall weist die Verwaltungsbehörde ausdrücklich darauf hin, daß es sich um ein geschütztes Werk handelt.

Art. 8. Die in Anwendung des vorliegenden Dekretes erhaltenen Verwaltungsdokumente dürfen zu kommerziellen Zwecken weder genutzt noch ohne ausdrückliche Erlaubnis der Verwaltungsbehörde veröffentlicht werden.

Art. 9. Vorliegendes Dekret ist anwendbar vorbehaltlich eventueller gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen, die eine größere Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten vorsehen.

Art. 10. Vorliegendes Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Eupen, den 16. Oktober 1995.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

J. MARAITE,

Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus

K.-H. LAMBERTZ,

Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales

W. SCHRÖDER,

Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 95 - 3351

16 OCTOBRE 1995. — Décret relatif à la publicité des documents administratifs (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Le présent décret s'applique :

- a) aux autorités administratives de la Communauté germanophone;
- b) aux autres autorités, mais seulement dans la mesure où ce décret interdit ou restreint la publicité de documents administratifs pour des raisons qui sont de la compétence de la Communauté germanophone.

Pour l'application du présent décret, on entend par :

1° autorité administrative : une autorité administrative visée à l'article 14 des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

2° document administratif : toute information, sous quelque forme que ce soit, dont dispose une autorité administrative.

Art. 2. Tout document destiné au public indique le nom, la qualité, l'adresse et le numéro de téléphone de la personne en mesure de fournir de plus amples informations sur le dossier.

Tout document administratif par lequel une décision ou un acte administratif à portée individuelle émanant d'une autorité administrative est notifié à un intéressé indique le cas échéant les voies spécifiques de recours, les instances compétentes pour en connaître ainsi que les formes et délais à respecter.

Art. 3. Le droit de consulter un document administratif et d'en recevoir une copie consiste en ce que chacun, selon les conditions prévues par le présent décret, peut prendre connaissance sur place d'un document administratif, obtenir des explications à son sujet et recevoir communication sous forme de copie. Une rétribution, dont le montant sera fixé par le Gouvernement et ne dépassera pas le prix coûtant, sera réclamée pour l'obtention d'une copie.

Lorsqu'il s'agit d'un document administratif qui contient une appréciation ou un jugement de valeur sur une personne désignée nommément ou aisément identifiable, ou la description d'un comportement dont la divulgation peut manifestement causer un préjudice à cette personne, le demandeur doit justifier par écrit d'un intérêt personnel et direct quant au document.

Art. 4. § 1. La consultation d'un document administratif, les explications y relatives ou sa communication sous forme de copie ont lieu sur demande écrite, laquelle doit être adressée à l'autorité administrative compétente également, lorsque celle-ci a archivé le document. Cette demande indique clairement la matière concernée et, si possible, les documents administratifs concernés.

La consultation d'un document administratif ainsi que les explications ne sont assurées que pendant les heures normales de service.

§ 2. Lorsque la demande de consultation, d'explications ou de communication sous forme de copie est adressée à une autorité qui n'est pas en possession du document administratif, celle-ci en informe sans délai le demandeur et lui communique la dénomination et l'adresse de l'autorité qui, à sa connaissance, est détentrice du document souhaité.

§ 3. Le Gouvernement de la Communauté germanophone désigne les instances ou personnes qui, dans les autorités administratives, sont compétentes pour les demandes de publicité.

L'autorité administrative consigne toutes les demandes dans un registre, classées par date de réception.

Art. 5. § 1. L'autorité administrative rejette la demande de consultation, d'explications ou de communication sous forme de copie d'un document administratif si elle constate que la protection d'un des intérêts suivants l'emporte sur l'intérêt de la publicité :

- les relations internationales de la Communauté germanophone;
- un intérêt économique ou financier de la Communauté germanophone.

(1) Session 1995-1996.

Documents du Conseil. — 14 (1995). N° 1. Projet de décret. — 14 (1995-1996). N° 2-3. Propositions d'amendement. — 14 (1995-1996). N° 4. Rapport. — 14 (1995-1996). N° 5. Proposition d'amendement relative au texte adopté par la Commission.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 16 octobre 1995.

§ 2. L'autorité administrative rejette la demande si la publication du document administratif porte atteinte :
 — à une obligation de secret imposée par décret;
 — au secret des délibérations du Gouvernement, des autorités relevant du Gouvernement ou auxquelles le Gouvernement est associé.

§ 3. Une autorité administrative de la Communauté germanophone peut rejeter une demande lorsque celle-ci :
 — concerne un document administratif dont la divulgation peut être source de méprise, le document étant inachevé ou incomplet;

- concerne un avis ou une opinion communiqués librement et à titre confidentiel à l'autorité;
- est manifestement abusive;
- est formulée de façon manifestement trop vague.

§ 4. Lorsqu'en application des §§ 1 à 3, un document administratif ne doit ou ne peut être soustrait que partiellement à la publicité, la divulgation, la consultation ou la communication sous forme de copie est limitée à la partie restante.

§ 5. L'autorité administrative qui ne peut pas réserver de suite immédiate à une demande de publicité ou qui la rejette communique au demandeur, dans un délai de trente jours de la réception de la demande, les motifs de l'ajournement ou du rejet. En cas d'ajournement, le délai ne pourra jamais être prolongé de plus de quinze jours.

En cas d'absence de communication dans le délai prescrit, la demande est réputée avoir été acceptée.

Art. 6. Lorsqu'une personne démontre qu'un document administratif comporte des informations inexactes ou incomplètes la concernant, cette autorité est tenue d'apporter les corrections requises sans frais pour l'intéressé. La rectification s'opère à la demande écrite de l'intéressé, sans préjudice de l'application d'une procédure prescrite par ou en vertu de la loi ou du décret.

L'autorité administrative qui ne peut réserver une suite immédiate à une demande de rectification ou qui la rejette communique au demandeur, dans un délai de soixante jours, les motifs de l'ajournement ou du rejet. En cas d'ajournement, le délai ne pourra jamais être prolongé de plus de trente jours. En cas d'absence de communication dans le délai prescrit, la demande est réputée avoir été acceptée.

Lorsque la demande est adressée à une autorité administrative qui n'est pas compétente pour apporter les corrections, celle-ci en informe sans délai le demandeur et lui communique quelle est l'autorité qui, à sa connaissance, est compétente pour le faire.

Art. 7. Lorsque la demande de publicité porte sur un document administratif d'une autorité administrative de la Communauté germanophone incluant une œuvre protégée par le droit d'auteur, l'autorisation de l'auteur ou de la personne à laquelle les droits de celui-ci ont été transmis n'est pas requise pour autoriser le demandeur à consulter le document ou pour lui fournir des explications à son propos.

Une communication sous forme de copie du document n'est permise que moyennant l'autorisation écrite préalable de l'auteur ou de la personne à laquelle les droits de celui-ci ont été transmis.

Dans tous les cas, l'autorité administrative spécifie que l'œuvre est protégée par le droit d'auteur.

Art. 8. Les documents administratifs obtenus en application du présent décret ne peuvent être utilisés à des fins commerciales ni diffusés sans l'autorisation expresse de l'autorité administrative.

Art. 9. Le présent décret est applicable sous réserve de dispositions légales ou décrétales éventuelles qui prévoient une publicité plus étendue des documents administratifs.

Art. 10. Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Eupen, le 16 octobre 1995.

Nous sanctionnons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

J. MARAITE,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
 Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport
 et du Tourisme

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales

W. SCHRÖDER,

Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

16 OKTOBER 1995. — Decreet betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Dit decreet is van toepassing :

- a) op de administratieve overheden van de Duitstalige Gemeenschap;
- b) op de andere administratieve overheden, doch slechts in zoverre dit decreet op gronden die tot de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap behoren, de openbaarheid van bestuursdocumenten verbiedt of beperkt.

(1) Zitting 1995-1996.

Bescheiden van de Raad. — 14 (1995). Nr. 1. Ontwerp van decreet. — 14 (1995-1996). Nr. 2-3. Voorstellen tot wijziging. — 14 (1995-1996). Nr. 4. Verslag. — 14 (1995-1996). Nr. 5. Voorstel tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 16 oktober 1995.

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° administratieve overheid : een administratieve overheid als bedoeld in artikel 14 van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

2° bestuursdocument : alle informatie, in welke vorm ook, waarover een administratieve overheid beschikt.

Art. 2. Elk voor het publiek bestemd document vermeld de naam, de hoedanigheid, het adres en het telefoonnummer van degene die meer inlichtingen kan verstrekken over het dossier, indien die persoon niet de ondertekende is.

Elk bestuursdocument waarmee een beslissing of een bestuurshandeling met individuele strekking uitgaande van een administratieve overheid ter kennis wordt gebracht van een betreffende vermeldt desgevallend de specifieke beroepsmogelijkheden, de instanties waarbij het beroep moet worden ingesteld en de geldende vormen en termijnen.

Art. 3. Het recht op het raadplegen van een bestuursdocument en op het ontvangen van een afschrift ervan bestaat erin dat eenieder, volgens de voorwaarden bepaald in dit decreet, een bestuursdocument ter plaatse kan inzien, dienomtrent uitleg kan krijgen en mededeling in afschrift ervan kan ontvangen. Het ontvangen van een afschrift zal onderworpen worden aan het betalen van een vergoeding waarvan het bedrag door de Regering wordt vastgesteld en de kostprijs niet mag overschrijden.

Wanneer het om een bestuursdocument gaat dat een beoordeling of een waardeoordeel bevat van een met naam genoemd of gemakkelijk identificeerbaar persoon of de beschrijving van een gedrag waarvan het ruchtbaar maken aan die persoon kennelijk nadeel kan berokkenen, moet de verzoeker van een persoonlijk en direct belang m.b.t. het document schriftelijk doen blijken.

Art. 4. § 1. Inzage, uitleg of mededeling in afschrift van een bestuursdocument geschiedt op schriftelijke aanvraag, gericht aan de bevoegde administratieve overheid ook wanneer deze het document in een archief heeft neergelegd. Deze aanvraag vermeldt duidelijk de betrokken aangelegenheid en, waar mogelijk, de betrokken bestuursdocumenten.

De inzage van een bestuursdocument en de uitleg zijn slechts tijdens de normale diensturen mogelijk.

§ 2. Wanneer de aanvraag op inzage, uitleg of mededeling in afschrift is gericht tot een overheid die niet over het bestuursdocument beschikt, stelt deze de verzoeker daarvan onverwijld in kennis en deelt hem de benaming en het adres mede van de administratieve overheid die naar haar informatie de gewenste documenten bezit.

§ 3. De Regering van de Duitstalige Gemeenschap wijst de instanties of personen aan die in de administratieve overheden bevoegd zijn wat de aanvragen om openbaarheid betreft.

De administratieve overheid houdt een register bij van alle aanvragen, volgens datum van ontvangst.

Art. 5. § 1. Den administratieve overheid wijst de aanvraag om inzage, uitleg of mededeling in afschrift van een bestuursdocument af, wanneer zij heeft vastgesteld dat de bescherming van één van de volgende belangen opweegt tegen het belang van de openbaarheid :

- de internationale betrekkingen van de Duitstalige Gemeenschap;
- een economisch of financieel belang van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. De administratieve overheid wijst de aanvraag af wanneer de openbaarmaking van het bestuursdocument afbreuk doet :

- aan een bij decreet opgelegde geheimhoudingsverplichting;
- aan het geheim van de beraadslagingen van de Regering, van de overheden die van de Regering afhangen of waarbij de Regering betrokken is.

§ 3. Een administratieve overheid van de Duitstalige Gemeenschap kan de aanvraag afwijzen wanneer deze :

- een bestuursdocument betreft waarvan de openbaarmaking, om reden dat het document niet af of onvolledig is, tot misvatting aanleiding kan geven;
- een advies of een mening betreft die uit vrije wil en vertrouwelijk aan de overheid is medegedeeld;
- kennelijk onredelijk is;
- kennelijk te vaag geformuleerd is.

§ 4. Wanneer in toepassing van de §§ 1 tot 3 een bestuursdocument slechts voor een deel aan de openbaarheid moet of mag worden onttrokken, wordt de inzage, de uitleg of de mededeling in afschrift tot het overige deel beperkt.

§ 5. De administratieve overheid die niet onmiddellijk op een aanvraag op openbaarheid kan ingaan of ze afwijst, geeft binnen een termijn van dertig dagen na ontvangst van de aanvraag aan de verzoeker kennis van de redenen van het uitstel of de afwijzing. In geval van uitstel kan de termijn nooit met meer dan vijftien dagen worden verlengd.

Bij ontstentenis van een kennisgeving binnen de voorgeschreven termijn, wordt de aanvraag geacht te zijn aangenomen.

Art. 6. Wanneer een persoon aantoonbaar dat een bestuursdocument onjuiste of onvolledige gegevens bevat die hem betreffen, is de overheid ertoe gehouden de nodige verbeteringen aan te brengen zonder dat het de betrokkene iets kost. De verbetering geschiedt op schriftelijke aanvraag van de betrokkene, onverminderd de toepassing van een door of krachtens de wet of het decreet voorgeschreven procedure.

De administratieve overheid die niet onmiddellijk op een vraag om verbetering kan ingaan of ze afwijst, geeft binnen zestig dagen aan de verzoeker kennis van de redenen van het uitstel of de afwijzing. In geval van uitstel kan de termijn niet met meer dan dertig dagen worden verlengd. Bij ontstentenis van kennisgeving binnen de gestelde termijn, wordt de aanvraag geacht te zijn aangenomen.

Wanneer de aanvraag is gericht tot een administratieve overheid die niet bevoegd is om de verbeteringen aan te brengen, stelt deze de verzoeker daarvan onverwijld in kennis en deelt hem mede welke overheid, naar haar informatie, daartoe bevoegd is.

Art. 7. Wanneer de aanvraag om openbaarheid betrekking heeft op een bestuursdocument van een administratieve overheid van de Duitstalige Gemeenschap waarin een auteursrechtelijk beschermd werk is opgenomen, is de toestemming van de maker of van de persoon aan wie zijn rechten zijn overgegaan niet vereist om de verzoeker inzage van het document te verlenen of uitleg erover te verstrekken.

Een mededeling in afschrift is niet toegestaan dan met voorafgaande schriftelijke toestemming van de maker of van de persoon aan wie zijn rechten zijn overgegaan.

In ieder geval wijst de overheid op het auteursrechtelijk beschermd karakter van het betrokken werk.

Art. 8. De in toepassing van dit decreet verkregen bestuursdocumenten mogen niet gebruikt worden voor commerciële doeleinden noch verspreid worden zonder de uitdrukkelijke toestemming van de administratieve overheid.

Art. 9. Dit decreet is van toepassing onder voorbehoud van eventuele wets- of decreetbepalingen die in een ruimere openbaarheid van bestuursdocumenten voorzien.

Art. 10. Dit decreet treedt in werking de dag, waarop het wordt aangenomen.

Eupen, 16 oktober 1995.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

J. MARAITE,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme

K.-H. LAMBERTZ,

Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden

W. SCHRÖDER,

Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen

D. 95 — 3352

**19. APRIL 1995. — Erlaß der Regierung zur Förderung der Seniorenvereinigungen
in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.**

[33113]

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli und 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 18. Januar 1995;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

Aufgrund der Tatsache, daß die Verwendung der diesbezüglichen Haushaltsmittel dringend einer neuen Regelung bedarf, die im Interesse der Seniorenvereinigungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Finanzen, Volksgezundheit, Familie und Senioren, Sport, Tourismus, internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften und aufgrund der Beratung der Regierung vom 12. April 1995;

Artikel 1. Die jährlichen Zuwendungen für die Seniorenvereinigungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden wie folgt festgelegt:

- 3 000 BF pro Jahr für Seniorenvereinigungen mit weniger als 50 Mitgliedern;
- 6 000 BF pro Jahr für Seniorenvereinigungen mit 50 Mitgliedern und mehr;
- 12 000 BF pro Jahr für Seniorenvereinigungen mit 100 Mitgliedern und mehr;
- 15 000 BF pro Jahr für Seniorenvereinigungen mit 200 Mitgliedern und mehr.

Art. 2. Die Seniorenvereinigungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft verpflichten sich, jährlich eine vollständige Liste ihrer Mitglieder und einen kurzen Tätigkeitsbericht vorzulegen.

Art. 3. Die in Artikel 2 angegebenen Unterlagen müssen dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Familie, Gesundheit und Soziales bis zu einem festzulegenden Datum übermittelt werden.

Art. 4. Der Minister-Präsident, Minister für Finanzen, Volksgezundheit, Familie und Senioren, Sport, Tourismus, internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 19. April 1995.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Minister-Präsident, Minister für Finanzen, Volksgezundheit, Familie und Senioren, Sport,
Tourismus, internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften,

J. MARAITE

TRADUCTION

F. 95 — 3352

**19 AVRIL 1995. — Arrêté du Gouvernement visant la promotion d'associations de personnes âgées
en Communauté germanophone**

[33113]

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, dorné le 18 janvier 1995;